Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 157. | Dresden, Montag den 11. Juli 1910. | 21. Jahrg.

Die Unordnung der Ordnungsparteien.

Der Verzicht des Erbprinzleins Hohenlohe auf den Sitz im Reichstagspräsidium hat die Verwirrung in den Lagern der bürgerlichen Parteien nur noch gesteigert. Die Zeitungen der verschiedenen Richtungen raten hilflos hin und her, ob Ernis plötzlicher Entschluß irgendwelche Wirkung auf die weitere Entwicklung des Verhältnisses der Parteien zueinander und auf das Verhalten der Regierung haben könne.

Die konservative Presse ist begreiflicherweise recht ungehalten über den Erbprinzen, der mit einem Male von sich reden machen wollte und es mit seinem bewährten Geschick so schlau anfing, daß er das Zentrum treffen wollte, aber in erster Linie die konservative Partei und den konservativen Reichstagspräsidenten verletzte. Ebenso sind die Freikonservativen, deren Hospitant der Erbprinz ist, gar nicht erbaut. Die Post erklärt, der Prinz habe ohne Vorwissen der Partei gehandelt, über die politische Zweckmäßigkeit seines Verfahrens könne man verschiedener Ansicht sein, sicher aber sei, „daß dadurch die Lösung der nationalen Aufgabe, um derentwillen der Erbprinz sich seinerzeit zur Annahme der Wahl entschlossen hat, nicht gefördert werden wird". Die „nationale Aufgabe", die die Post meint, das ist die Wiederannäherung der Konservativen und Nationalliberalen. Auch Freiherr von Zedlitz, der freikonservative Parteifreund des Erbprinzen Hohenlohe, sagt in einem Interview: „Es steht zu erwarten, daß diese Erklärung das Signal geben wird zu einem Feuern von rechts nach links und daß ein neues Moment in den Parteihader geworfen wird." Den Zedlitzianern erscheint dieses neue Moment des Parteihaders um deswillen noch besonders bedauerlich, weil sie gerade jetzt hofften, daß die Aussichten ihres Planes, die Beziehungen zwischen ihren beiderseitigen Freunden, den Konservativen auf der einen Seite und die Nationalliberalen auf der anderen Seite, wieder zu verbessern, günstig stehen.

Am wirrsten sieht es natürlich wieder bei den Nationalliberalen aus. Die nationalliberalen Zeitungen in ihrer Mehrheit preisen das Erbprinzlein als großen Helden, der mutvoll sich vom schwarz-blauen Block abgekehrt und an die Bethmann-Hollwegsche Regierung eine ernste Mahnung gerichtet habe. Die Nationalzeitung z. B. sagt: „Der Brief des Erbprinzen ist die schärfste Kritik unserer politischen Zustände, die von einem Manne seines Namens und seiner Stellung kommen kann." Das Eigentümliche aber ist, daß diese Nationalliberalen den Erbprinzen keineswegs als einen Bundesgenossen im Kampfe gegen Schwarz-Blau gebrauchen wollen, sondern lediglich als ein Erpressungsmittel, um die Regierung zur Arbeit mit den Nationalliberalen anstatt mit dem Zentrum zu nötigen. Diese Absicht zeigt sich besonders deutlich in einer offiziösen „Kundgebung" in der Nationalliberalen Korrespondenz. Da wird der Erbprinz als ein Mann angepriesen, „der in einer Zeit wie der unsrigen, die so reich ist an öffentlicher und politischer Heuchelei — die Natl. Korresp. muß es ja wissen! — den Mut findet" usw. Dann wird die politische Verwirrung besprochen und ausgeführt:

„Wir haben oft in den hinter uns liegenden Monaten die Frage immer banger und immer zweifelnder sich erheben hören: Haben wir in der gegenwärtigen politischen Lage, die sich — darüber wollen wir uns nicht täuschen — nicht nur zu einer momentanen, in absehbarer Zeit zu überwindenden innerpolitischen Krisis gestaltet hat, sondern die uns in Zustände hineintreibt, bei denen vielleicht die Grundlagen unseres Staatswesens und die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes auf dem Spiele steht — wir fragen: haben wir in dieser Lage den Staatsmann, der mit großen Mitteln, und nur solche kommen noch in Frage, den Bürgerfrieden im Lande wieder herstellen kann? Wir haben volle Sympathie mit den aufrichtigen Bestreben des Herrn Reichskanzlers, den jetzigen Parteihader zu überwinden. Wir haben auch volles Verständnis dafür, daß seine so ungemein schwierige Lage durch den Rücktritt des Erbprinzen Hohenlohe sich noch weiter verschlechtert hat. Diese Verschlimmerung einer an sich schon fast aussichtslosen Situation würde einen kleinmütigen, seinem eigenen Können mißtrauenden Staatsmann zur Resignation bringen. Wir wollen hoffen, und unser ehrlicher Wunsch spricht aus dieser Hoffnung, daß der leitende Staatsmann eine solche Resignation nicht in sich aufkommen läßt. Der Reichskanzler muß sich dann aber gleichzeitig auch darüber klar sein, daß eine Politik wohlwollender, passiver Neutralität unser Staatsleben nicht mehr zur Gesundung führen kann. Das Volk, in allen seinen Schichten von Unzufriedenheit und Mißtrauen erfüllt, will endlich und muß endlich wissen, wohin die Fahrt geht. In Zeitläuften, wie den unserigen, bedarf es mehr denn je eines energischen Willens, der durch Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte der großen Gefahr einer erschreckend anwachsenden Sozialdemokratie einen wirksamen Damm entgegenzusetzen imstande wäre. .... Einer energischen und zielbewußten Regierung, die von ihrer Autorität den rechten Gebrauch macht, die diese Autorität einsetzt, nicht zur Konservierung unhaltbar gewordener Zustände, sondern zugunsten einer gesunden Fortentwicklung des Staatsgedankens, einer solchen Regierung wird unser Volk gern Vertrauen entgegenbringen, und die ihrer Verantwortlichkeit bewußten Parteien werden sich der Mitarbeit an einer solchen Gesundung unseres politischen Lebens nicht entziehen können."

Man kann diesen nationalliberalen Erguß nicht lesen, ohne großes Vergnügen zu empfinden. Die Nationalliberalen klagen melancholisch über den Mangel an einem „wirklich großen Staatsmann". Haben diese Leute nicht vielleicht einen solchen schmerzlich vermißten Staatsmann in ihrer Mitte zur Verfügung? Nun, man weiß, nach nationalliberaler Weisheit war Bülow dieser große Staatsmann. Aber die braven Nationalliberalen wollen absolut nicht erkennen, daß gerade Bülow mit Bassermann im Bunde — also gleich zwei „wirklich große Staatsmänner"! — das Elend des bürgerlichen Parteiwesens verursacht haben. Just der heuchlerische Mißbrauch der „nationalen Parole" und die freche Hetze von 1906/07, von der die Nationalliberalen ihre größten Triumphe erwarteten, hat sie so tief zu Fall gebracht.

Die Nationalliberalen jubeln dem Erbprinzen zu, weil sie von seinem Vorgehen Hilfe in ihren Trostlosigkeiten erhoffen. Aber diese Partei hat das Schicksal, daß jede neue Phase der politischen Entwicklung sie immer mehr in Schwierigkeiten verwickelt. Die Kreuzzeitung erklärt schon, daß die Konservativen gern bereit sind, im Herbst den Nationalliberalen wieder einen Sitz im Präsidium des Reichstags anzubieten. Die Konservativen werden durch Ernis „Tat" gar nicht allzusehr in Verlegenheit gebracht, um so mehr aber die Nationalliberalen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung kann bereits die folgende Mitteilung machen:

„Schon heute haben Besprechungen stattgefunden, die sich mit dem Thema beschäftigen, ob die nationalliberale Partei wieder Herrn Paasche im Herbst als Kandidaten vorschieben solle. Man befürchtet nicht mit Unrecht, daß diese Frage zwei ganz verschiedenen Antworten von rechts und links begegnen wird, denn die Nationalliberalen der Rechten würden es sehr gerne sehen, wenn durch die Besetzung des zweiten Vizepräsidentenpostens aus ihrer Mitte der Kontakt mit den Konservativen im gewissen Sinne wiederhergestellt würde, während die Linke, die um Bassermann geschart ist, hiervon nichts wissen will. Man sträubt sich dagegen, einen Nationalliberalen dem Herrn Spahn beizustellen und dadurch für die nächsten Wahlen ein „böses Odium" auf sich zu laden. So wird voraussichtlich innerhalb der nationalliberalen Partei eine heftige Fehde in dieser Frage entstehen, falls es der gemäßigten rechten Seite nicht gelingt, die Geister zu sammeln, ehe ein tiefer Riß entsteht."

So schaut es in der nationalliberalen Partei aus. Man flennt nach „großen Staatsmännern" und weiß sich im eigenen Haus nicht zu helfen.

Freilich, neben den Nationalliberalen befinden sich wohl am ungemütlichsten die Regierungsleute um Bethmann-Hollweg. Wohin soll die Fahrt gehen? — So befragt man die Regierung von vielen Seiten. Aber es erfolgt keine Antwort. Der arme Bethmann soll etwas beantworten, wovon er selbst gar nichts weiß.

So viel ist wohl gewiß — wir haben es wiederholt an dieser Stelle dargelegt: Bethmann-Hollweg möchte am liebsten zur alten Sammelpolitik zurück, bei der Konservative und Nationalliberale zusammengehen und das Zentrum gleichfalls mitgenommen wird. Die Rechts-Nationalliberalen von der Großindustrie sind auch bereit, diese Politik mitzumachen. Sie wollen entschieden von den Fortschrittlern abrücken und die ganze Wucht des Kampfes nicht gegen Schwarz-Blau, sondern gegen die Sozialdemokratie gerichtet wissen. Aber der andere Teil der Nationalliberalen kann nach der liberalisierenden Blockperiode und bei der Stimmung der Wählermassen diese Politik nicht mitmachen — bei Strafe des Zusammenbruchs. Daher all die Wirrnis der bürgerlichen Parteien, aus der sie sich trotz aller Bemühungen nicht zu befreien vermögen, in die sie immer tiefer hineingeraten. Daher auch Bassermanns Mandatsmüdigkeit, die jetzt von der Kreuzzeitung mit freudigem Grinsen bestätigt wird. Das konservative Organ erwartet von Bassermanns Ausscheiden aus der Politik den gewünschten Rechtsanschluß der Nationalliberalen.

Nun laufen auch Gerüchte, daß Bethmann-Hollweg eine neue preußische Wahlrechtsvorlage ausarbeiten lasse. Er wolle nunmehr, so verlautet, das geheime und direkte Wahlrecht unter Beibehaltung des Dreiklassensystems in Vorschlag bringen. Das wäre allerdings eine Schwenkung der preußischen Regierung, die sie in Widerspruch zu den konservativen Parteien bringen würde. Es ist kaum abzusehen, ob ein derartiger Versuch der Regierung, falls er wirklich unternommen werden sollte, was wir noch keineswegs glauben, auf Erfolg rechnen könnte. Die Parteienverwirrung ist eben seit den Wirrwahlen von 1907 so ungeheuer, daß überhaupt in gar keiner Weise Politik getrieben werden kann. Der Regierungskarren steckt tief im Dreck. Erst durch die nächsten Reichstagswahlen wird das deutsche Volk neue Klärung bringen!

* * *

Bassermanns Glück und Ende.

Die Kölnische Volkszeitung macht eine pikante Mitteilung:

„Im Frühling des Jahres 1907, wenige Wochen nach dem Zustandekommen des Blocks, lag auf dem Tisch des Reichstagssitzungssaales eine Karte, wie sie aus dem Zentralbureau des Reichskanzleramts versandt zu werden pflegt. Die Vorderseite dieser Karte lautete ungefähr wie folgt:

„Der Reichskanzler Fürst Bülow bittet Herrn Reichstagsabgeordneten B ... zu einer Besprechung über die politische Lage auf ... nachmittags 6 Uhr."

Auf der Rückseite derselben Karte war als Resultat dieser „Besprechung über die politische Lage" notiert:

„Rheinbaben, v. Einem fallen, erschweren Situation."

Es bestand also schon vor länger als drei Jahren die Absicht, die beiden genannten Minister, die man als zu wenig „blockfreundlich" ansah, den Wünschen der Nationalliberalen zu opfern. Wenn diese Absicht nicht früher zur Durchführung kam, so waren dafür andere Gründe entscheidend. ... Die nationalliberale Wunschkarte blieb vorerst unerfüllt. Im nächsten Herbst war die Stellung des Fürsten Bülow bereits so erschüttert, daß seine Entlassung nur noch eine Frage der Zeit war, die November-Komödie des Jahres 1908, zwischen dem damaligen Kanzler und den Nationalliberalen verabredet, um die Stellung des ersteren zu festigen, hatte den gegenteiligen Erfolg, sein Schicksal war damit besiegelt, er hatte nicht mehr die Macht, einen anderen Minister zu stürzen."

1907 glaubten die Bassermannschen Gestalten, auf den Gipfel der Macht zu gelangen. Heute kriechen sie jammernd im Sumpf.

Ein Minister über das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

Man schreibt uns aus München:

Wir haben schon die Debatten erwähnt, die im Ausschuß des Reichsrats über das Verkehrswesen im allgemeinen und das Koalitionsrecht der Eisenbahner im besonderen gepflogen wurden. Anlaß zu den letzteren Erörterungen gab jene von der Zweiten Kammer angenommene Resolution des Zentrums, in der Vorkehrungen gegen die Streikgefahr im Eisenbahnbetrieb gefordert wurden. Die durch nichts begründete Resolution war lediglich eine Denunziation des Zentrums gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband, ein tückischer Versuch, diese blühende Gewerkschaft abzuwürgen und dadurch der zurückgehenden „christlichen" Organisation aufzuhelfen. Die Reichsräte zogen die Konsequenzen aus der Resolution. Sie forderten die Unterdrückung des süddeutschen Eisenbahnerverbandes nach preußischem und sächsischem Muster und der Referent Freiherr v. Soden feierte das Vorgehen der sächsischen Regierung, die Eisenbahner sofort entlassen habe, weil sie gegen das Verbot eine sozialdemokratische Versammlung besucht haben.

Der Verkehrsminister, Herr v. Frauendorfer, trat diesen Anmaßungen entgegen, und seine Ausführungen verdienen auch anderswo gehört zu werden. Er sagte:

„Der Süddeutsche Eisenbahnerverband sei nach seinen Statuten ein Berufsverband auf gewerkschaftlicher Grundlage. Nach seinen Satzungen habe sich der Verband die Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze nicht zur Aufgabe gemacht. Die Verbandsleitung behaupte im Gegenteile, daß dem Verbande politische Tendenzen vollständig ferne lägen. Nach den Verbandssatzungen sei die Beschäftigung mit politischen und religiösen Angelegenheiten ausdrücklich ausgeschlossen. Allerdings könne es für die Beurteilung der Ziele eines Vereins nicht lediglich auf den formalen Wortlaut der Vereinsstatuten ankommen; es müsse vielmehr auch das tatsächliche Verhalten der Vereinsorgane und Vereinsmitglieder in Betracht gezogen werden. In letzterer Hinsicht stehe nun außer Zweifel, daß der Süddeutsche Eisenbahnerverband unter sozialdemokratischem Einflusse stehe. Ebenso gewiß sei es, daß die überwiegende Zahl der Verbandsmitglieder der sozialdemokratischen Richtung angehörten. Gleichwohl möchte er es heute nicht als unumstößliche Tatsache hinstellen, daß der Süddeutsche Eisenbahnerverband als solcher, entgegen dem Wortlaute seiner Satzungen, sozialdemokratische Tendenzen verfolge. Bei derartigen Schlußfolgerungen könne man in diesen wie in ähnlichen Fällen nicht genug Vorsicht walten lassen. Der Herr Referent habe die Frage gestellt, ob es überhaupt gut gewesen sei, daß man den Süddeutschen Eisenbahnerverband habe ins Leben treten lassen. Dem gegenüber wolle er bemerken, daß dieser Verband sich seinerzeit als gewerkschaftlicher Berufsverband, nicht aber als sozialdemokratischer Verein gegründet habe. Er wüßte nicht, auf welche Weise die Staatseisenbahnverwaltung es hätte zuwege bringen sollen, die Entstehung dieses Verbandes zu unterdrücken.

Wenn darauf hingewiesen worden sei, daß die preußische und die sächsische Eisenbahnverwaltung derartige Verbände nicht duldeten, so wolle er dies nicht bestreiten. Es wäre aber sicher nur eine Täuschung, wenn man annehmen wollte, daß unter dem preußischen und sächsischen Eisenbahnpersonale die Sozialdemokratie keine Anhänger zähle.

Weiter sei hervorgehoben worden, daß der Süddeutsche Eisenbahnerverband das Streikrecht nach § 152 der Reichsgewerbeordnung in Anspruch nehme.

In dieser Beziehung sei richtig, daß im Jahre 1905 eine Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes stattgefunden habe, in welcher das „mit der Koalitionsfreiheit aufs engste verbundene gesetzliche Recht der Arbeitseinstellung" auch für die Eisenbahnarbeiter reklamiert worden sei. Bei der Beurteilung dieser Stellungnahme müsse man gerechterweise in Betracht ziehen, daß hinsichtlich des Streikrechtes der Eisenbahnarbeiter sich im Laufe der Zeit eine Wandlung der Rechtsanschauung vollzogen habe. Während früher die Ansicht, daß die Nebenbetriebe der Eisenbahnunternehmungen, im besonderen die Reparaturwerkstätten, unter die Gewerbeordnung fielen, selbst von obersten Verwaltungsinstanzen geteilt wurde, habe sich in neuerer Zeit auf Grund der Rechtsprechung wohl allgemein die Auffassung gebildet, daß die Eisenbahnwerkstätten, Schwellentränkungsanstalten usw. sich nicht als getrennte, besondere Gewerbe der Eisenbahnverwaltung darstellten, sondern einen Bestandteil des Gesamtgewerbebetriebes der Eisenbahn bildeten und deshalb nicht unter die Gewerbeordnung fielen. Er selbst habe vom Beginne seiner Amtsführung an den Standpunkt eingenommen, daß § 6 der Gewerbeordnung in diesem Sinne ausgelegt und gehandhabt werden müsse, daß deshalb weder die Eisenbahnbetriebs- und die Bahnunterhaltungsarbeiter noch die Eisenbahnwerkstättenarbeiter das Recht der Arbeitseinstellung, wie es nach § 152 der Gewerbeordnung im allgemeinen dem gewerblichen Arbeiter zustehe, in Anspruch nehmen könnten. Er habe dann auch, nachdem die erwähnte Versammlung der Ortsgruppe des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes stattgefunden habe, in öffentlicher Sitzung der Kammer der Abgeordneten mit dem schärfsten Nachdruck betont, daß die Verwaltung jedem Versuche von Eisenbahnarbeitern, die Streikidee zu verwirklichen, mit allem Ernste und unerbittlicher Strenge entgegentreten würde. Seitdem sei von seiten des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes eine ähnliche Kundgebung nicht wieder erfolgt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100711/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG